

Kerstin Funk

Bürgergeld als liberale Alternative zum bedingungslosen Grundeinkommen!

Bürgergeld und bedingungsloses Grundeinkommen: Zwei Modelle zur Reform der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung in Deutschland ist stark reformbedürftig. Mehrere Gründe machen diesen Reformbedarf zu einem der dringendsten Punkte auf der politischen Agenda: Die Kosten für die soziale Sicherung sind für den Staat kaum noch zu tragen und belasten die ohnehin schon stark verschuldeten öffentlichen Haushalte zusätzlich, die Arbeitslosigkeit – und hier vor allem die hohe Langzeitarbeitslosigkeit – ist trotz der sogenannten Hartz-Reformen nicht wesentlich zurückgegangen und das gegenwärtige System ist bürokratisch, intransparent und wenig treffsicher.

Zwei teils sehr unterschiedliche Reformvarianten werden in der Diskussion immer wieder genannt: Das liberale Bürgergeld und das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens.¹ Das liberale Bürgergeld unterscheidet sich von allen Modellen eines bedingungslosen Grundeinkommens in erster Linie durch seine Bedingtheit. Anders als beim bedingungslosen Grundeinkommen wird im Modell des liberalen Bürgergelds die Bedürftigkeit vorausgesetzt. Das bedeutet, dass einen Anspruch auf das liberale Bürgergeld nur solche Menschen haben, die nicht in der Lage sind, durch eigene Arbeit ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Bei Erwerbsfähigkeit ist die Voraussetzung für den Anspruch auf das liberale Bürgergeld die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung. Ganz anders verhält es sich mit allen Modellen des bedingungslosen Grundeinkommens. Hier sind in der Regel alle Menschen anspruchsberechtigt, eine Prüfung der Bedürftigkeit wird nicht vorgenommen. Auch die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung wird nicht verlangt.²

Das bedingungslose Grundeinkommen und seine Konsequenzen

Die scheinbar gerechte und soziale Lösung des bedingungslosen Grundeinkommens hat unterschiedlichste gefährliche Konsequenzen, und zwar sowohl in politischer, ökonomischer als auch gesellschaftlicher Hinsicht.

- 1 Eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Modelle kann an dieser Stelle nicht erfolgen, findet sich aber bei Altmiks, Peter (2009): Liberales Bürgergeld kontra bedingungsloses Grundeinkommen – ein Vergleich; Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.
- 2 Darüber hinaus unterscheiden sich die Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens vom liberalen Bürgergeld noch im Umfang der reformierten Sozialleistungen. Vgl. hierzu ebd.

argumente

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist in **politischer Hinsicht** illusionär. Auch langfristig können nicht alle bzw. die meisten Sozialleistungen abgeschafft werden. Dies würde vor allem jene treffen, die nicht nur der finanziellen Hilfe der Gesellschaft bedürfen, sondern andere Hilfen benötigen. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre für diese Menschen eine Art „Schweigegehd“ und würde sie langfristig in die Abhängigkeit des Staats bringen. Darüber hinaus wäre ein Übergang zum bedingungslosen Grundeinkommen irreversibel. Im politischen Wettbewerb käme es vor allem in Wahlkämpfen zu einer Art Überbietungskampf bei der Höhe des Grundeinkommens. Insbesondere vor dem Hintergrund der Verschuldung der öffentlichen Haushalte wäre ein solcher Effekt verantwortungslos, unseriös und unsozial.

Die Grundintention sozialer Sicherungssysteme – vor allem im sozialen Sicherungssystem der sozialen Marktwirtschaft – ist die Vermeidung elementarer Armut und die Senkung der Arbeitslosigkeit durch verbesserte Arbeitsanreize. Diesen Zielen wird das bedingungslose Grundeinkommen nicht gerecht. Es bietet keinerlei Anreiz zur Arbeitsaufnahme, sondern zerstört vielmehr die Arbeitsmoral. Das bedingungslose Grundeinkommen ist die Abkehr von einer der tragenden Säulen der Sozialpolitik, dem Subsidiaritätsprinzip. Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist jeder zunächst für sich selbst verantwortlich und hat nur in Notsituationen Anspruch auf die Hilfe der Gesellschaft. Durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens wird der Staat vom Helfer in der Not zum Einkommensgaranten. Dies ist jedoch keine Staatsaufgabe, vor allem keine sozialpolitische Staatsaufgabe.

Aus **ökonomischer Sicht** benötigt der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozess den Faktor Arbeit, um das Volkseinkommen zu erwirtschaften. Es ist allerdings wahrscheinlich, dass bei Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Menschen nicht mehr arbeiten, sondern sich mit den teilweise sehr hohen staatlichen Transfers wirtschaftlich einrichten. So würde der Faktor Arbeit hoch belastet, es käme zu einem verringerten Arbeitsangebot und zu einer geringeren Produktion. In der Konsequenz ist daher mit negativen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu rechnen, schlimmstenfalls sinken die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Dies führt nicht nur zur Verringerung des Lebensstandards, sondern auch zu einer geringeren Kapitalbildung. Vor allem im Dienstleistungssektor, der ca. 70 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes ausmacht,³ würden die zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens notwendigen Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer bzw. der Mehrwertsteuer zur erheblichen Zunahme der Schattenwirtschaft führen. Schon heute gehen dem Staat jährlich rund 349 Mrd. Euro durch Schwarzarbeit verloren. Steuererhöhungen bzw. –senkungen haben nachweislich Auswirkungen auf den Umfang der Schattenwirtschaft. So nahm die Schattenwirtschaft nach der jüngsten Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland erkennbar zu, während sie nach einer Steuersenkung in Österreich um 4,35 Prozent zurückging.⁴ Vergleichbare Auswirkungen haben Erhöhungen bzw. Senkungen der Sozialbeiträge. Darüber hinaus wirken sich hohe Steuern negativ auf die Standortfaktoren aus: Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, Investitionen gehen zurück, Steuergelder und Arbeitsplätze gehen verloren. Bei einer Finanzierung über eine erhöhte Mehrwertsteuer würde es zu einem Konsumtourismus aus Deutschland hinaus kommen, so dass weitere Steuergelder verloren gehen.

3 Statistisches Bundesamt (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/Tabellen/Content75/BWSnachBereichen,temp latelId=renderPrint.psm1>, abgerufen am 10.09.09).

4 Vgl. Schneider, F. (2009): Der Einfluss der Weltwirtschaftskrise auf die Schattenwirtschaft in Deutschland: Ein (Wieder-)Anstieg; Linz (http://www.statbel.fgov.be/studies/ac1271_de.pdf; abgerufen am 10.09.09).

Auch aus **gesellschaftlicher Sicht** hat das bedingungslose Grundeinkommen erhebliche Folgen. So wird es insbesondere in Kreisen der gering qualifizierten Bevölkerung gleichsam zu einer „Karriere“ hin zum Transferempfänger und zur Herausbildung eines Prekariats kommen. Besonders junge Menschen werden ihren Freizeitpräferenzen nachgeben und keine Anstrengungen zur Ausbildung oder Qualifizierung unternehmen. Statt dessen ist zu erwarten, dass durch eine „effektive“ Kombination aus staatlichem Grundeinkommen, regulärem Teilzeiteinkommen und Schwarzarbeit die Transferempfänger jeweils für sich die höchstmöglichen Einkommen „erwirtschaften“. In Verbindung damit kommt es zu einem stärkeren Anspruchsdenken gegenüber dem Staat. Individuelle Lebensumstände und unterschiedliche Ausgangschancen werden kaum berücksichtigt. Darüber hinaus droht eine soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft: Die lange Abwesenheit von der Erwerbstätigkeit reduziert die Erwerbsfähigkeit drastisch, so dass es zu einer Spaltung von dauerhaft Erwerbstätigen und dauerhaft Erwerbslosen kommen wird. Die Ausübung eines Berufes ist aber auch in sozio-kultureller Hinsicht von enormer Wichtigkeit für die Würde des Menschen. Ein Beruf eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten, die dauerhafte Teilhabe an sozialen Netzen und bringt gesellschaftliche Anerkennung mit sich. Die Freizeitgesellschaft hingegen bringt Cliquenbildung, punktuell und kurzfristiges Engagement und fehlendes Interesse an sozialer Gestaltung mit sich.⁵ Es kommt so zu einer weiteren Spaltung zwischen beruflich integrierten und beruflich nicht-integrierten Menschen. Darüber hinaus ist mit einer erheblichen Wohlfahrtswanderung nach Deutschland zu rechnen, die wiederum den sozialen Frieden gefährden könnte.

Weitere – entscheidende – Argumente gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen finden sich in **haushaltspolitischer Hinsicht**. Verschiedene Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens wurden auf ihre finanziellen Auswirkungen hin berechnet.⁶ Dazu zählte auch die Untersuchung der Arbeitsangebotseffekte. Alle diese Berechnungen haben gezeigt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen mit erheblichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verbunden wäre. Für die Modelle haben sich jeweils Finanzierungslücken errechnet, die nur über eine weitere Verschuldung zu finanzieren wären. Dies ist angesichts der enorm hohen Schulden der öffentlichen Haushalte kaum vorstellbar. Es wurde aber auch prognostiziert, dass Arbeitsplätze verloren gehen, da erheblich weniger Arbeit nachgefragt würde. Statt dessen würden die Transferempfänger entweder gar nicht arbeiten gehen oder die Anzahl der gearbeiteten Stunden reduzieren. Unternehmen würden freie Stellen dann nicht besetzen können und die Arbeit ins Ausland verlagern. Infolge der dynamischen Effekte würden die finanziellen Folgen noch erheblicher höher werden.

Das liberale Bürgergeld – eine würdevolle und realistische Reform der sozialen Sicherung

Mit dem liberalen Bürgergeld wird den Menschen geholfen, die Hilfe von der Gesellschaft benötigten. Es berücksichtigt individuelle Lebensumstände und schafft den Menschen die Mög-

5 Untersuchungen haben nachgewiesen, dass die Bereitschaft zu bürgerlichem Engagement mit dem Ausstieg aus dem Berufsleben sinkt und Arbeitslose seltener Ehrenämter übernehmen. Vgl. Erlinghagen, M. (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 52, 2, 291 – 310.

6 Vgl. z. B.: Stiftung Marktwirtschaft (2007): Bürgergeld und Grundeinkommen. Geniestreich oder Wahnsinn?; Berlin: Tagungsbericht 24. April 2007, 5, 8; Fuest, C., Peichl, A. und Schaefer, T. (2007), Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Bürgergeld-Konzepts von Dieter Althaus; Ifo Schnelldienst, Vol. 60/10, 36-40; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007), Jahresgutachten 2007/2008: Das Erreichte nicht verspielen, Stuttgart, 222 – 246.

lichkeit, soviel eigene Verantwortung wie möglich zu übernehmen. Es macht die Menschen nicht zu Bittstellern, sondern zu Anspruchsberechtigten. Anders verhält es sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, dass die Menschen zur Unselbständigkeit erzieht und sie in die wirtschaftliche Abhängigkeit des Staates zwingt. Letztlich beraubt es die Menschen so ihrer Freiheit.

Schon im persönlichen Umfeld ist festzustellen, dass Hilfeleistungen von den meisten Menschen nicht als grundsätzlicher Anspruch an die Gesellschaft verstanden werden. Jeder Mensch ist zunächst bemüht, sich nach eigenen Kräften und Möglichkeiten selbst zu helfen. Hilfe anzunehmen, ist für viele sogar eher peinlich und entwürdigend. Dies ist schon bei Kleinkindern zu beobachten, die stolz eigene Fortschritte präsentieren und auch noch bei alten Menschen, die oft noch über ihre Kräfte hinaus den Einsatz fremder Hilfe ablehnen. Dieser Begriff der Würde hält die Gesellschaft zusammen und schafft auch Vertrauen. Vertrauen, dass im wirklichen Notfall die Gemeinschaft ausnahmsweise in Anspruch genommen werden kann und diese dann auch selbstverständlich hilft.

Im Gegensatz zu allen anderen Grundeinkommensvorschlägen ist das liberale Bürgergeld finanzierbar. Durch die Einführung des liberalen Bürgergelds würden nach vorsichtigen Berechnungen rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze entstehen, und zwar vor allem im Niedriglohnbereich. Dadurch erhöhen sich die Steuereinnahmen und auch das Sozialsystem wird entlastet. Neben der zusätzlichen Einkommensteuer wird es weitere sogenannte dynamische Effekte geben, zum Beispiel durch eine Konsumsteigerung und die damit verbundenen zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen. Alleine infolge der Arbeitsangebotseffekte finanziert sich das Bürgergeld von selbst. Dies ist auch deshalb der Fall, weil aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung die Zahl der Bürgergeldempfänger weitaus geringer ist als bei anderen Vorschlägen.

Das Bürgergeld ist der derzeit einzige praktikable Vorschlag für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme. In Verbindung mit dem Modell der liberalen Steuerreform hilft es, den Wachstum anzukurbeln, es schafft neue Arbeitsplätze und trägt zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit bei und es ist unbürokratisch, transparent und zielgenau.